



**Bayern bewahren.
Deutschland gestalten.
Den Menschen dienen.**

- Wahlplattform '90 -



BAYERN

SPD

A 96 - 02903

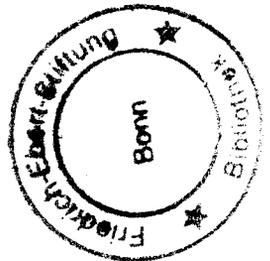
Bayern bewahren. Deutschland gestalten. Den Menschen dienen.

- Wahlplattform '90 -

Inhalt:

Präambel.....	3
1.0. Deutsche Einheit im sozialen und ökologischen Europa.....	5
1.1. Für ein souveränes Deutschland in einem friedlichen Europa.....	5
1.2. Abrüstung für Bayern.....	6
1.3. Die Rückkehr zum demokratischen Rechtsstaat.....	6
1.4. Die Polizei – Schutz und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger.....	9
1.5. Toleranz und Menschlichkeit statt Fremdenfeindlichkeit.....	10
2.1. Damit jeder ein Zuhause hat: 100.000 Wohnungen für Bayern.....	11
2.2. Gesundheit heute und morgen.....	13
2.3. Gesunde Lebensmittel.....	14
2.4. Moderne Landwirtschaft ist naturverträglich.....	15
2.5. Die natürlichen Lebensgrundlagen sichern.....	16
2.6. Die Natur ist unser Gemeinschaftseigentum.....	16
2.7. Schutz für die Alpen.....	18
2.8. Den öffentlichen Verkehr zur attraktiven Alternative machen	19
2.9. Vermeiden und verwerten – Den Müllberg abtragen.....	20
2.10. Energie sparen und besser nutzen.....	22
3.1. Frauen stellen Ansprüche – Partnerschaft in Familie und Beruf.....	24
3.2. Politik für Kinder.....	26
3.3. Niemand ausgrenzen – Platz für alle	27
3.4. Der Pflegenotstand geht uns alle an.....	29
3.5. Politik mit Behinderten und für Behinderte.....	31
3.6. "Neue Armut" im reichen Land.....	32
4.1. Bestmögliche Bildung und Ausbildung.....	33
4.2. Die Arbeit reicht für alle.....	35
4.3. Konzentration verhindern – Den Mittelstand fördern.....	36

A 96 - 02903



Impressum:
Herausgeberin: SPD- Landesverband Bayern
Verantwortlich: Wolfgang Metz
beide: Oberanger 38, 8000 München 2
Druck: G&L Druck, Barerstraße 44, 8000 München 40
Gestaltung: DTP-Satz und -Layout, dvk-Verlag, 8000 München 5
1. Auflage: 10.000, Juli 1990
gedruckt auf chlorfreiem Umweltschutzkarton (Um-
schlag) und Recyclingpapier (Innenteil)

Bayern bewahren

Bayern ist schön. Die Menschen leben und arbeiten gerne hier. Aber Bayern bleibt nicht so, wenn wir nichts dafür tun. Wer Bayern bewahren will, muß manches rechtzeitig verändern.

Wir können uns nicht damit zufrieden geben, allein auf die Hochentwicklung des Freistaates mit Super-Technologien zu schielen. Nach über 30 Jahren CSU-Herrschaft bedeutet Bayern nämlich auch: 100.000 fehlende Wohnungen, 400.000 Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, 300.000 Arbeitslose, unwiederbringlich zerstörte Natur und bedrohte Demokratie. Die CSU hat mit ihrer Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf (WAA) drei Milliarden Mark in den Sand gesetzt. In den "Memminger Hexenprozessen" wurden Hunderte von Frauen diffamiert und ihr Selbstbestimmungsrecht mit Füßen getreten.

Die Politik in Bayern darf nicht stehenbleiben. Sie muß sich weiterentwickeln, in vielen Bereichen umdenken und neue Denkanstöße aufnehmen, um unsere m Land und seinen Menschen eine echte Zukunft zu geben. Wir wollen Frieden in unserem Land und mit den Nachbarn, Toleranz im demokratischen Rechtsstaat, mehr Lebensqualität, soziale Gerechtigkeit und Vorrang für den Schutz von Natur und Umwelt.

Wir wollen die Politik in Bewegung bringen und Verantwortung übernehmen. Denn nur dann kann Bayern seine Identität und Lebensqualität bewahren.

Deutschland gestalten

Die Bundesregierung hat abgewirtschaftet. Sie hat die Solidarität der Menschen untereinander zerstört, und sie hat von unten nach oben umverteilt.

"Steuerreform", Sozialabbau und "Gesundheitsreform" sind Stichworte für diese schlimme Entwicklung. Die Bundesregierung hat auch nicht auf die drängenden Umweltfragen reagiert. Dafür ist die CSU mit ihrem Parteivorsitzenden und fünf weiteren Ministern im Bonner Kabinett voll verantwortlich.

Die Bundespolitik bestimmt entscheidend, wie wir in Bayern leben und arbeiten. Deshalb muß eine starke BayernSPD das Gewicht des Freistaats in Bonn einbringen.

Wir wollen Deutschland gestalten. Wir wollen die deutsche Einheit - in einem gemeinsamen sozialen und ökologischen Europa. Dafür arbeiten wir mit Augenmaß und Bedacht.

Den Menschen dienen

Die CSU ist in 30 Jahren arrogant und machtbesessen geworden. Sie will Menschen beherrschen. Sie vergißt am Tag der Wahl, was sie versprochen hat und von wem sie gewählt worden ist. Sie mißbraucht den bayerischen Staatsapparat für parteipolitische Zwecke.

Andere Parteien bieten einfache Lösungen an, die zwar gut klingen, aber für die komplizierten Zusammenhänge in Gesellschaft und Politik unbrauchbar sind. Sie wissen, daß sie damit nicht in der politischen Verantwortung bestehen müssen.

Die BayernSPD will, daß die bayerischen Bürgerinnen und Bürger mit uns Politik gestalten. Unsere Politik ist für jeden nachvollziehbar. Wir wollen den Menschen dienen.

1.0. Deutsche Einheit im sozialen und ökologischen Europa

Wir wollen die deutsche Einheit. Der beste Weg zu diesem Ziel führt über ein gemeinsames soziales und ökologisches Europa. Nur auf diesem Weg – wenn alle zusammenhelfen – können wir die großen Schwierigkeiten meistern, die noch bevorstehen.

Reformen sind in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR notwendig. Wir müssen alles daran setzen, die Revolution in der DDR unumkehrbar zu machen. Statt trügerische Hoffnungen zu wecken, müssen wir Hilfe zur Selbsthilfe leisten, damit soziale Gerechtigkeit verwirklicht werden kann, die Wirtschaft in der DDR angekurbelt wird und Natur und Umwelt wirksam geschützt werden können. Kunst und Kultur, Wissenschaft und Sport müssen gefördert werden, weil sie ein erster wichtiger Brückenschlag zwischen den Menschen sind. Wir wollen für gute Verkehrsverbindungen – vor allem auf der Schiene – sorgen, damit die Menschen zueinander kommen. Diese Aufgaben können nur in einem gemeinsamen Europa gelöst werden. Gerade Bayern muß dazu seinen Beitrag leisten.

Wir freuen uns mit den Menschen in Franken, in Thüringen und in Sachsen, daß sie wieder Nachbarn geworden sind. Wir freuen uns über die offenen Grenzen zwischen Bayern und der Tschechoslowakei. Nur wenn die Menschen zueinander kommen können, kann Frieden in Europa herrschen.

1.1. Für ein souveränes Deutschland in einem friedlichen Europa

45 Jahre nach dem Kriegsende braucht Deutschland endlich die volle Souveränität. Ein souveränes Deutschland hat das Recht auf eine eigenständige Friedenspolitik. Das vereinte Deutschland muß an einem europäischen blocküberwindenden Sicherheitssystem mitwirken. Die Ausdehnung der NATO auf das Gebiet der heutigen DDR lehnen wir ab, unseren polnischen Nachbarn garantieren wir ihre Westgrenze.

Die deutsche Einigung birgt die Chance, daß Deutschland zum Motor für Abrüstung in Ost und West wird. Wir wollen die militärischen Blöcke auflösen und eine europäische Friedensordnung auf der Grundlage eines gemeinsamen Sicherheitssystems errichten.

Frieden und Abrüstung in Europa fordern und ermöglichen weitgehende Schritte gerade auch seitens unseres Landes. Wir wollen die Truppenstärke der Bundeswehr innerhalb von drei Jahren auf höchstens 190.000 Mann verringern, das gigantische Waffenarsenal abbauen und den Wehr- und Zivildienst auf neun Monate verkürzen. Die in Bayern stationierte US-Armee, ihre Waffen und Giftgas-Depots müssen zügig abgebaut werden.

Wir widersetzen uns entschieden allen Relikten des Kalten Krieges und der Hochrüstung. In der Zeit des friedensbereiten und zusammenwachsenden Europas fordern wir den völligen Verzicht auf alle Flugmanöver, insbesondere auf Tiefflüge, und auf Großmanöver sowie auf neue Munitionsdepots und andere militärische Anlagen.

Der Truppenabbau muß sozial verträglich gestaltet werden. Die Zivilbeschäftigten und die betroffenen Gemeinden brauchen neue Arbeitsplätze und eine Zukunftsperspektive.

1.2. Abrüstung für Bayern

Die CSU hat Bayern zur größten Rüstungsschmiede Deutschlands gemacht. Sechs der acht größten bundesdeutschen Rüstungsfirmen haben ihren Sitz im Freistaat. Unter der CSU-Regierung sind Großkonzerne und Wehrtechnik strukturbestimmend für die bayerische Wirtschaft geworden.

Das alles hat keine Zukunft. Arbeitsplätze in der Wehrtechnik sind teuer und unsicher. Wir setzen uns entschieden für den Umbau der Rüstungsproduktion ein. Rüstungskonversion sichert Arbeitsplätze. Wir wollen gemeinsam Umbau-Konzepte erarbeiten, die einen Umstieg auf zivile Erzeugnisse erlauben. Dabei bietet sich eine Fülle von neuen Produkten an - im Bereich der Umwelt-Technologien, für den öffentlichen Personenverkehr, zur Energieeinsparung, in der Medizin- und Kommunikationstechnik.

1.3. Die Rückkehr zum demokratischen Rechtsstaat

Der demokratische Rechtsstaat und das bayerische "Leben und leben lassen" haben unter der 30jährigen CSU-Herrschaft gelitten. Die CSU mißbraucht den Staatsapparat für parteipolitische Zwecke. Sie benutzt die Polizei, um politische Ziele wie den Bau der WAA Wackersdorf durchzusetzen. Richtern und Beamten verpaßt sie Maulkörbe. Kritische und engagierte Bürgerinnen und Bürger bespitzelt sie und bringt sie mit dem "Radikalenerlaß" um ihre berufliche Zukunft. Die Staatsregierung läßt mißliebige Fernsehsendungen einfach abschalten. Sie konfrontiert die Menschen und das Land mit umstrittenen Großprojekten. Sie hat versucht, direkt vom Volk gewählte Landräte wie Hans Schuierer einzuschüchtern und mundtot zu machen. Den Polizeigewahrsam hat sie von 48 Stunden auf 14 Tage ausgedehnt.

Statt für die grundgesetzlich garantierte Freiheit einzutreten, schränkt die CSU-Staatsregierung Bürgerrechte und -freiheiten ein. Derzeitige Höhepunkte sind das Verfassungsschutzgesetz und das Polizeiaufgabengesetz. Damit wird die aus den Erfahrungen der NS-Zeit gebotene Trennung von Verfassungsschutz und Polizei in wesentlichen Teilen aufgehoben. Ein immer weiter gespannter Datenverbund macht die Bürgerinnen und Bürger immer "durchsichtiger".

Die BayernSPD wendet sich gemeinsam mit allen freiheitlich gesonnenen Kräften im Freistaat gegen diese erneuten Versuche, Freiheitsrechte einzuschränken. Die Pläne der CSU dürfen nicht Gesetz werden. Sie verstoßen gegen den Geist einer Zeit, in der ganze Völker friedlich die Bürgerfreiheiten erringen.

Die BayernSPD will, daß kritische und engagierte Bürgerinnen und Bürger nicht mehr eingeschüchtert werden und um ihre berufliche Zukunft fürchten müssen. Deshalb fordern wir die Abschaffung des "Radikalenerlasses".

Wir wollen die obersten Gerichte unabhängig von der Staatsregierung machen. Zur Demokratie und zur Rechtsstaatlichkeit in Bayern gehört, daß Richterstellen nicht länger nach dem Gutdünken der Regierungspartei besetzt werden und daß die Verfälschung zwischen Regierungspolitik und höchstrichterlicher Rechtssprechung endlich aufhört.

Wir haben Vertrauen in eine demokratisch geführte Polizei, wenn diese der Verbrechensbekämpfung dient. Aber wir wollen nicht, daß Polizeibeamte zur Durchsetzung politischer Ziele oder sinnloser Großprojekte mißbraucht werden. Deshalb muß die Befehlslage über die Polizei -unter

Rechtsaufsicht der Regierung - den Städten und Landkreisen zurückgegeben werden.

Die Demokratisierung in Osteuropa und die Auflösung des Staatssicherheitsdienstes in der DDR geben auch in Bayern Anlaß, das undemokratische Erbe des kalten Krieges auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen. Wir brauchen keinen Geheimdienst, der dubios "Erkenntnisse" über kritische Bürgerinnen und Bürger sammelt. Wir fordern daher die Reduzierung und Umstrukturierung des Landesamtes für Verfassungsschutz.

Zur freien politischen Meinungsbildung und um alle mit Informationen zu versorgen, ist es unerlässlich, daß allen Bürgerinnen und Bürgern - soweit nicht der Schutz personenbezogener Daten beeinträchtigt wird - alle staatlichen Akten, insbesondere Akten in Planungs- und Genehmigungsverfahren zur Einsicht offenstehen. Wir wollen Bürgerbegehren und Bürgerentscheid auf kommunaler Ebene sowie Volksbegehren und Volksentscheid auf Bundesebene einführen.

Entschieden wenden wir uns gegen den Zentralismus der CSU. Wir wollen die Selbstverwaltung der Gemeinden, der Städte und Landkreise stärken. Die Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker vor Ort wissen am besten, was die Menschen wollen.

1.4. Die Polizei - Schutz und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger

Die CSU hat die Polizei oft mißbraucht, um ihre Entscheidungen durchzusetzen, die Bürgerinnen und Bürger einzuschüchtern und ihre Grundrechte auszuhöhlen. Wir wollen, daß die Polizei die Bürgerinnen und Bürger schützt und für seine Sicherheit sorgt. Dazu muß die Polizei in die Lage versetzt werden: wir wollen die Polizei von sachfremden Aufgaben befreien und sie personell so ausstatten, daß sie ihre Aufgaben ohne Überstundenberge erfüllen kann.

Dringend erforderlich ist die Neuordnung der Polizeiausbildung. Dazu gehört das Praktikum im Einzeldienst ebenso wie eine Ausbildung in EDV, Fachleute von außen in der Ausbildung genauso wie mehr Professionalität bei der Polizei und eine Breitbandausbildung.

Auf die Polizei kommt eine Fülle neuer Aufgaben zu, für die sie bestens ausgebildet und ausgerüstet werden muß. Dazu zählt der Kampf gegen den Drogenhandel ebenso wie das Unterbinden der "Geldwäsche" von Geldern aus kriminellen Geschäften, die Verfolgung und Ahndung der

Wirtschaftskriminalität genauso wie die von Umweltdelikten. Für diese besonderen Aufgaben ist eine spezielle Aus- und Fortbildung notwendig, und es müssen Sonderkommissionen eingerichtet werden, die durch Schwerpunkt-Staatsanwaltschaften unterstützt werden.

Die BayernSPD setzt sich für Sonderkommissionen zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ein. Diese Kommissionen müssen speziell geschultes, weibliches Personal bekommen, und mit den notwendigen Kompetenzen ausgestattet werden. Nur eine Beamtin - nicht ein Beamter - schafft das nötige Vertrauen und hat das notwendige Einfühlungsvermögen.

1.5. Toleranz und Menschlichkeit statt Fremdenfeindlichkeit

Ausländische Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer haben wesentlich zu unserem Wohlstand beigetragen. Sie haben ein Recht darauf, mit ihren Familien bei uns zu leben.

BayernSPD will eine rechtsstaatliche Lebensgrundlage für ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger schaffen. Obwohl die Bundesrepublik längst für die überwiegende Mehrzahl der Ausländerinnen und Ausländer zur Heimat geworden ist, werden sie durch das geltende Ausländerrecht in einem juristisch unsicheren Schwebestand gehalten. Um das zu ändern, fordern wir das Niederlassungsrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer, die seit mindestens 5 Jahren in Deutschland leben. Familienangehörige brauchen ein eigenständiges Aufenthaltsrecht, damit sie nicht bei Trennung oder Scheidung rechtlos werden.

Wir meinen: Wer nicht einem übersteigerten Nationalismus anhängt, der kann bei einer Bevölkerungszahl von 11 Millionen in Bayern in den knapp 700.000 Ausländerinnen und Ausländern keine Gefahr erkennen. Wir wollen integrieren und nicht ausgrenzen. Deshalb wenden wir uns nachdrücklich gegen die inhumanen Vorschriften des neuen Ausländergesetzes.

Die Vielzahl der Aussiedlerinnen und Aussiedler aus dem östlichen Europa hat die heutige Bundesregierung gerufen. Wir wollen helfen, die Lebensverhältnisse in den Herkunftsländern zu verbessern. Dann werden der Wunsch und die Möglichkeiten, dort zu bleiben, größer sein, als der Wunsch, zu uns zu kommen.

BayernSPD läßt am Asylrecht für Menschen, die wegen ihrer politischen Gesinnung, ihrer Rasse, ihres Geschlechts oder ihrer Religion verfolgt werden, nicht rütteln. Viele Deutsche haben die NS-Diktatur nur überleben können, weil ihnen andere Staaten Asyl gewährt haben. Jede Kulturation der Welt hat ein solches Asylrecht.

In Bayern hat es die CSU zu verantworten, wenn es zu sozialen Spannungen wegen der Asylbewerberinnen und -bewerber kommt - durch Zusammenlegung in Sammelunterkünften, durch Arbeitsverbot, durch Gemeinschaftsverpflegung und andere Schikanen. Diese Spannungen werden durch überlange Asylverfahren verschärft, weil die Gerichte und Behörden unzureichend ausgestattet sind. Wir ändern das.

2.1. Damit jeder ein Zuhause hat: 100.000 Wohnungen für Bayern

In Bayern fehlen mindestens 100.000 Wohnungen. Der Mieterbund spricht sogar von 300.000. Dieser Mangel treibt die Mieten in Höhen, die viele nicht mehr bezahlen können.

Wir wollen mit einem staatlichen Unterstützungsprogramm in Höhe von 10 Milliarden Mark dafür sorgen, daß 100.000 Wohnungen in den nächsten fünf Jahren gebaut werden. Dann können alte Menschen, junge Familien, Alleinerziehende, kinderreiche Familien, aber auch Studierende und Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger wieder aufatmen.

Die jahrelangen Versäumnisse der CSU-Politik in Bund und Freistaat haben den Mieterinnen und Mieter zum Spielball von Miethaien und Spekulanten gemacht .

Damit alle ein Zuhause haben:

- Wir müssen zum sozialen Mietrecht zurückkehren.
- Derzeit dürfen die Mieten in drei Jahren um 30 Prozent heraufgesetzt werden. BayernSPD will Mieterhöhungen auf höchstens 5 Prozent pro Jahr und auf höchstens 10 Prozent in drei Jahren begrenzen. Ein Vermieter soll ein Mieterhöhungsverlangen nicht mehr auf Vergleichsmieten aus dem eigenen Mietwohnungsbestand stützen dürfen. Wir fordern auch: Modernisierungsaufwendungen dürfen nur mit 5 Prozent (derzeit 11 Prozent) auf den Mieter umgelegt werden.
- Bei der Neu- und Wiedervermietung von Wohnraum darf der Mietzins die ortsübliche Vergleichsmiete nicht um mehr als 10% übersteigen. Mieterinnen und Mietern, die einem höheren Mietzins zugestimmt haben, ist ein Mietminderungsverlangen auf diesen Satz einzuräumen.
- Der Mietwucher-Tatbestand im Mietrecht muß schärfer gefaßt werden.
- Der Mieterschutz, insbesondere der Kündigungsschutz, muß verbessert werden durch:
 - ein Umwandlungsverbot von Miet- in Eigentumswohnungen in Gebieten erhöhten Wohnungsbedarfs
 - bei jedem Verkauf einer Eigentumswohnung eine Sperrfrist, während der nicht wegen Eigenbedarf gekündigt werden darf.
 - die Wiedereinführung der Wohnungsgemeinnützigkeit.

- Das Wohngeld muß erhöht werden. Familien mit Kindern, Schwerstbehinderte und Alleinerziehende brauchen höhere Freibeträge.
- Es müssen mehr Studentenwohnheime gebaut werden. Unser Ziel ist, daß mindestens 20 Prozent der tatsächlich in einer Hochschulstadt Studierenden eine Wohnung in einem Wohnheim erhalten.
- Für den mittleren und einfachen öffentlichen Dienst müssen vermehrt preiswerte Staatsbediensteten-Wohnungen geschaffen werden.
- Wohnraum muß erhalten werden und darf nicht aus Spekulationsgründen leerstehen oder dem Verfall preisgegeben werden. Die Zweckentfremdungsverordnung ist so auszugestalten, daß preiswerter Wohnraum auch tatsächlich erhalten bleibt das Angebot, Eigentumswohnungen zu bauen, darf beispielsweise künftig nicht mehr genügen, um den Abriß von Mietwohnungen zu rechtfertigen.
- Wir brauchen mehr und billigeres Bauland. Es ist nicht hinnehmbar, daß die Grundstückskosten heute bereits teilweise 50 Prozent der Baukosten ausmachen.
- Wir wollen das Bodenrecht neu fassen und insbesondere nicht mehr erlauben, daß baureife Grundstücke zurückgehalten oder gehortet werden. Dazu fordern wir ein Baugesbot innerhalb von fünf Jahren.
- Weiter verlangen wir, daß Grundstücke der öffentlichen Hand, vor allem des Bundes, für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden.

Es wird für viele Jahre eine zentrale Aufgabe der Politik bleiben, preiswerten Wohnraum zu erhalten und neu zu schaffen. Deshalb wollen wir mit der bisherigen Politik, im Wohnungsbau abwechselnd abzubremsen und zu beschleunigen, Schluß machen und einen Wohnungsfachplan nach dem Landesplanungsgesetz aufstellen.

2.2. Gesundheit heute und morgen

Mündige Bürgerinnen und Bürger fordern Aufklärung und Schutz

Das Gesundheitswesens muß dringend neu geordnet werden. Es ist unerträglich, daß Gesundheit mehr und mehr von der Finanzkraft des einzelnen abhängig geworden ist. Wir wollen aber auch sparen, z. B. durch den Ausbau der ambulanten Versorgung und von Gemeinschaftspraxen. Wir werden die Gesundheitskosten dämpfen, indem wir die enormen Gewinne der Pharmaindustrie begrenzen. Langfristig streben wir einen Finanzausgleich zwischen den einzelnen Kassen an.

Körperliche und seelische Gesundheit ist für alle Menschen lebenswichtig. Deshalb muß die bayerische Politik dazu beitragen, daß sich der Gesundheitszustand der Menschen verbessert und dadurch Lebensqualität und Lebenserwartung steigen.

- Wir wollen besser über Volkskrankheiten aufklären, ihre Ursachen erforschen lassen und benennen
- Strategien entwickeln und umsetzen, um sie zu bekämpfen,
- mit konzertierten Aktionen vorbeugen.

An Herz-Kreislauf-Erkrankungen stirbt heute jeder zweite Mensch bei uns. Zweithäufigste Todesursache ist der Krebs. Aber auch chronische Krankheiten wie Rheuma und Allergien nehmen zu.

Gegen viele dieser Krankheiten gehen andere Länder längst erfolgreich vor. Wir wollen das auch für Bayern. Deshalb ist unser erstes Ziel gesundheitliche Vorbeugung.

Der ständig anwachsenden Zahl von Suchtkranken muß durch gezielte Maßnahmen begegnet werden. Die Aufklärung der Bevölkerung muß beispielsweise bereits bei Kindern im Schulalter einsetzen.

Ausreichende stationäre Behandlungseinheiten für Suchtkranke in den staatlichen und städtischen Krankenhäusern der höchsten Versorgungsstufe sind bereit zustellen.

Für eine sinnvolle ambulante Betreuung müssen Tag- und Nachtkliniken, sowie flächendeckend Beratungsstellen eingerichtet werden.

Um psychischen Erkrankungen vorzubeugen und um psychisch Kranke besser versorgen und therapieren zu können, müssen gemeindenaher psychiatrische Dienste mit psychosozialer Beratung geschaffen werden. Für den Bereich Psychiatrie gilt ebenfalls die Forderung, vermehrt die Betreuung in Tag- und Nachtkliniken anzubieten.

Gegen AIDS hilft nur, die Bürgerinnen und Bürger ausreichend und flächendeckend zu informieren. Erkrankte brauchen qualifizierte Beratung und psychische und soziale Unterstützung. Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit Aids lehnen wir ab.

Um das alles zu bündeln und nicht zwischen verschiedensten Interessengruppen zerreiben zu lassen, wollen wir ein eigenständiges und kompetentes Gesundheitsministerium einrichten.

2.3. Gesunde Lebensmittel

Den Schutz der Verbraucherinnen und Verbraucher verbessern

Lebensmittel sollen gesund, d. h. rein, frisch und vollwertig auf den Tisch kommen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten umfassend informiert sein. Deshalb müssen künftig Lebensmittel nach Erzeugungsort, Produktionsweise, Verarbeitungsmethode, Inhaltsstoffen und Kalorienwert gekennzeichnet werden.

Die BayernSPD stellt Ansprüche an die Landwirtschaft. Sie muß rückstandsfreie Nahrungsmittel umweltverträglich erzeugen. Dies bedeutet den weitestgehenden Verzicht auf Mineraldünger, auf Pflanzenbehandlungs- und Schädlingsbekämpfungsmittel, damit unser Trinkwasser nicht mit Nitrat und Chemierückständen belastet wird. Belastete Trinkwasseranlagen müssen unverzüglich saniert und Trinkwasserschutzzonen ausgeweitet werden.

Giftige Substanzen gehören verboten. Wir fordern das Verbot von Wachstumsförderern und Hormonen sowie des vorbeugenden Medikamenteneinsatzes in der Tierzucht und erteilen damit den Tierfabriken eine klare Absage.

Unser Trinkwasser darf nicht mit Nitrat und Chemierückständen belastet sein. Deshalb fordern wir eine deutliche Ausweitung der Trinkwasserschutzzonen.

Lebensmittel müssen schonend verarbeitet werden. Wir fordern unproblematische Konservierungsmethoden, auf Ultrahoherhitzung, radioaktive Bestrahlung und chemische Behandlung wollen wir verzichten.

Chemische Substanzen zum Färben können leicht durch Naturfarbstoffe ersetzt werden.

Verpackungen dürfen keine gefährlichen Substanzen an Lebensmittel abgeben. Deshalb müssen verboten werden:

- weichmacherhaltiges Plastik bei Fleisch und Wurst;
- dioxinhaltiger Sulfat-Zellstoff bei Milchkartons;
- Schwermetalle in Konservendosen

Nahrungsmittel sollen möglichst frisch auf den Tisch kommen. Deshalb wollen wir die Direktvermarktung ab Hof und alle kurzen Vermarktungswege fördern. Die BayernSPD wird die bürokratischen Hemmnisse gegen die Direktvermarktung beseitigen.

Derzeit arbeiten in ganz Bayern nur 350 Beschäftigte in der Lebensmittelkontrolle. Sie sind unzureichend ausgestattet und ausgebildet und oft mit anderen Aufgaben belastet. Für einen wirksamen Verbraucherschutz muß die Lebensmittelkontrolle erheblich verbessert werden.

2.4. Moderne Landwirtschaft ist naturverträglich

Zerstörte Natur und Landschaft, Giftstoffe in Trinkwasser und Boden führen zu Lebensmitteln, die den Anspruch, gesund zu sein, nicht mehr erfüllen. Die Landwirtschaft, die hier auf der Anklagebank sitzt, ist aber selbst "Opfer" konservativer Agrarpolitik. Schuld ist eine verfehlte Subventionierung, die auf Mengen setzt und damit auf Überproduktion hinaus läuft. Dies ist sinnlos und ökologisch verheerend .

Die BayernSPD will eine moderne Landwirtschaft, die umweltverträglich ist. Sie soll:

- gesunde, rückstandsfreie Lebensmittel erzeugen,
- Natur und Landschaft schonen und pflegen.

Die naturschonende und artgerechte Produktion der Nahrungsmittel kann gleichzeitig die Existenz kleiner und mittlerer bäuerlicher Betriebe sichern, landwirtschaftliche Arbeitsplätze im ländlichen Raum erhalten und gewachsene Strukturen auf dem Land einschließlich der Dorfkultur bewahren.

Wer das will, muß strukturpolitische Maßnahmen im ländlichen Raum zugunsten der bäuerlichen Landwirtschaft einleiten, mit Flächenbindung und Bestandsobergrenzen in der Tierhaltung, Agrarfabriken zurückzudrängen und den Bauern, die naturverträglich und landschaftserhaltend wirtschaften, direkte Einkommenshilfen geben, um so ihre Existenz zu sichern. Das kostet nicht mehr Geld als die bisherige, verfehlte Agrarpolitik.

2.5. Luft, Wasser, Boden, Artenvielfalt Die natürlichen Lebensgrundlagen sichern

Luft, Wasser und Boden – also unsere natürlichen Lebensgrundlagen – werden nach wie vor rücksichtslos ausgebeutet, verbraucht, zerstört und als Müllkippe mißbraucht. Höchste Zeit, daß aus einer Politik, die Natur nur notdürftig repariert, eine vorausschauende Umweltpolitik wird, die Schäden dort vermeidet, wo sie entstehen. Die BayernSPD hat den Umweltschutz als Staatsaufgabe in der Bayerischen Verfassung verankert. Diesem Verfassungsauftrag müssen Taten folgen. Der Natur- und Artenschutz muß künftig bindende Grundlage für alle Gesetze und Verwaltungsakte sein. Wir wollen Natur- und Umweltschutz als Staatsziel auch im Grundgesetz verankern.

Künftig muß jedes politische oder unternehmerische Vorhaben umweltverträglich sein: Keine Ökonomie ohne Ökologie! Nach folgenschweren Umweltkatastrophen bis hin zu Tschernobyl fordern wir für jede neue Technologie eine frühzeitige Technologiefolgenabschätzung. Dies gilt insbesondere für die Gentechnik, die noch viel gefährlicher sein könnte, als die Atomwirtschaft. Um so unverantwortlicher handelt, wer ohne jegliche Technologiefolgenabschätzung in die Gentechnik einsteigt. Wir fordern ein Gesetz, das Schäden und Katastrophen vorbeugend verhindert.

2.6. Die Natur ist unser Gemeinschaftseigentum Sie darf nicht weniger als Privateigentum geschützt sein

Unsere natürlichen Lebensgrundlagen – reine Luft, sauberes Wasser, unbelastete Böden und Artenvielfalt – sind in Gefahr; die Zukunft unserer Kinder steht auf dem Spiel.

Umdenken ist notwendig:

- Die Technik ist nicht nur ein Hilfsmittel zur Lösung von Umweltproblemen, sie ist oft auch Ursache dieser Probleme.
- Die Hoffnung auf wirtschaftliches Wachstum, um soziale und ökologische Probleme leichter lösen zu können, verkennt, daß gerade das Wachstum solche Probleme verursacht.
- Zentralisierte Strukturen und Großtechnologien senken zwar häufig

die betriebswirtschaftlichen Kosten, führen aber in der Regel zu Überkapazitäten, Sachzwängen, mangelnder Flexibilität und Irreversibilität.

- Nicht Anpassungsstrategien - noch mehr Kraftwerke, noch mehr Straßen - und Reparaturen - Filtereinbau, Kläranlagen - können auf Dauer eine gesunde Umwelt erhalten, es muß vielmehr gelingen, Schadstoffe, umweltschädliche Entwicklungen und Produktionsprozesse von vornherein zu vermeiden.

Nicht nur die technischen Hilfsmittel müssen geändert werden, sondern auch unser Verhalten.

Die Instrumente einer neuen Umweltpolitik sind:

- 1) Die Bürgerinnen und Bürger müssen mehr über die Folgen ihres Handelns informiert werden. Dazu gehört der Abbau von Forschungs- und Wissensdefiziten, u. a. die Kennzeichnungspflicht des verwendeten Materials. Dies soll Käufer informieren, ob das Material schadstoffhaltig ist oder nicht. Belastungswerte (Emissionen, Einleitungen, Lärm) müssen veröffentlicht werden. Wir wollen Umweltverträglichkeitsprüfungen, Umwelt-TÜV und Ökobilanzen.
- 2) Wichtig ist das Denken in Alternativen. Auch Ideen und Meinungen von Minderheiten müssen ernstgenommen werden.
- 3) Umwelt und Natur müssen einen Preis haben: Abgaben, Steuern, Tarife und höhere Versicherungsquoten sollen den Verbrauch von Natur und Ressourcen vermindern, die Belastung der Umwelt verteuern und über den höheren Preis umweltschädliche Produkte und Produktionen verhindern. Dies ist ein wesentlicher Baustein für den ökologischen Umbau der Industriegesellschaft.
- 4) Das Gemeinschaftseigentum darf nicht weniger geschützt werden als das Privateigentum. Lebensbedrohende Giftstoffe und Verfahren müssen verboten, Grenzwerte für Schadstoffe dynamisch nach dem Stand der Wissenschaft und Technik korrigiert und Verdünnungsstrategien grundsätzlich untersagt werden. Das Umwelthaftungsrecht muß verschärft und die Beweislast umgekehrt werden: jeder haftet für seine Produkte und Produktionsmethoden und hat nachzuweisen, daß seine Produkte nicht umweltschädlich sind.
- 5) Umweltschützende Vorschriften müssen auch vollzogen werden.

Fehlende Haushaltsmittel, fehlende Rechtsverordnungen und zu wenig Personal, aber auch mangelnde Ausschöpfung des Strafmaßes bei Umweltdelikten bedeuten: es herrscht keine "Waffengleichheit" zwischen Naturnutzern und Natürschützern.

Wer das Privateigentum wie z. B. die WAA in Wackersdorf mit 1.200 Polizisten schützt, für den Natur- und Umweltschutz in Bayern aber nicht einmal 400 Fachkräfte bereitstellt, macht den Verfassungsgrundsatz Umweltschutz zur Farce. Die BayernSPD wird dies ändern.

2.7. Schutz für die Alpen Heimat für 14 Millionen Erholungsraum für 70 Millionen

Die Alpen sind Heimat für 14 Millionen Menschen und Erholungsraum für 70 Millionen sowie ein wichtiger Lebens- und Rückzugsraum für die bedrohte Natur. Aber menschliche Einflüsse gefährden den Natur- und Kulturraum Alpen.

Alpenschutz ist eine bayerische und europäische Aufgabe. Die BayernSPD hat mit den sozialdemokratischen Parteien aus allen Alpenstaaten eine Konvention zum Schutz der Alpen erarbeitet, in der sich alle zu entsprechenden Initiativen in ihren Heimatparlamenten verpflichtet haben.

Der Fremdenverkehr in den Alpen kann nicht mehr ungebremst weiter zunehmen, wenn das Ökosystem Alpen nicht zerstört werden soll. Wir wollen den sanften Tourismus fördern.

Wir wollen das Einkommen der Alpenbevölkerung sichern und verbessern, die ökologische Belastung des Alpenraums, Straßenbauten und touristische Übererschließung mindern und die Mitwirkung der Betroffenen garantieren.

Politische Ziele bleiben:

- Gebiete festzulegen, die von einer touristischen Erschließung ausgenommen sind,
- den Verkehr im Alpentransit zu reduzieren und größere Teile, insbesondere den Schwerlastverkehr, durch den Brennerbasistunnel auf die Schiene zu verlagern,

- Schadstoffeintrag über Luft und im Wasser zu vermeiden und Grenzwerte nach dem jeweiligen Stand von Wissenschaft und Technik zu dynamisieren.

2.8. Den öffentlichen Verkehr zur attraktiven Alternative machen

Der öffentliche Verkehr (Bahn, Bus, S-Bahn, U-Bahn, Straßenbahn) muß zur echten Alternative zum Privatauto werden. Die ökologischen Belastungen durch die Schadstoffe, den Lärm und den Landschaftsverbrauch des Individualverkehrs zwingen dazu. Dabei muß auch in der Politik wieder klar sein: Öffentlicher Verkehr erfüllt soziale und strukturelle Aufgaben, er sichert die Mobilität der Menschen. Deshalb kann er vor allem im ländlichen Raum nicht betriebswirtschaftlich kostendeckend sein. Völlig verfehlt ist die derzeitige Politik der Deutschen Bundesbahn mit ihrem Rückzug aus der Fläche.

Die BayernSPD will niemandem sein Auto nehmen oder ihm dessen Benutzung verwehren. Wir wollen den öffentlichen Verkehr attraktiver machen, um das "Umsteigen" zu erleichtern. Viele Menschen (z. B. Kinder, Jugendliche und ältere Menschen) sind ausschließlich auf den öffentlichen Verkehr angewiesen. Aus Gründen des Lärmschutzes und der Wohnqualität sind flankierende Maßnahmen durchaus sinnvoll: das Verhindern des Individualverkehrs in den Innenstädten mit "Umsteige"-Möglichkeiten am Stadtrand, Spielstraßen, Wohnstraßen, Tempo 30.

Der Vorrang des Autos vor den anderen Verkehrsmitteln muß endlich beseitigt, Rad- und Fußwege müssen zu einem zusammenhängenden Netz im inner- und zwischenörtlichen Bereich ausgebaut werden. Das Auto wird weiterhin ein wichtiges Transportmittel bleiben, deshalb muß die Autoproduktion umweltverträglicher gestaltet werden. Außerdem kann über Tempolimits (Autobahn 120, Landstraßen 90) die Belastung verringert werden.

Weiterer Landschaftsverbrauch durch neue Straßen darf nicht zugelassen werden, da jede dieser Maßnahmen Natur zerstört, die Versiegelung des Bodens vorantreibt und die Natur zu Inseln zerstückelt. Neubauten sind, wenn unbedingt notwendig, auf den bisherigen Trassen durchzuführen. Ausnahmen bilden Entlastungsmaßnahmen vom Verkehrslärm (Ortsumgehungen) und die Beseitigung von Unfallschwerpunkten.

Die Subventionierung des Flugverkehrs (Bau von Flugplätzen, Förderung

der Flugzeugindustrie, Unterstützung der bundesdeutschen Fluglinien aus Gründen der Wettbewerbsfähigkeit) ist angesichts der Luftschadstoffe und des Lärms in keiner Weise vertretbar. Es ist notwendig, die Anzahl der Flugbewegungen - jährlich mehr als 200.000 allein im südbayerischen Raum - zu vermindern. Wir fordern deshalb als ersten Schritt das völlige Verbot von Kurzflügen innerhalb Europas, den Rückzug aus der Förderung des Flugverkehrs und schärfere Schadstoffnormen für Flugzeugmotoren.

2.9. Vermeiden und verwerten Den Müllberg abtragen

Schon heute stehen die Städte und Landkreise des Freistaates vor dem Müll-Kollaps. Der jährliche Abfallberg in Bayern würde, auf einem Fußballfeld aufgetürmt, mit 3.000 Metern die Höhe der Zugspitze erreichen.

Dieser Müllberg muß abgetragen werden. Deshalb wollen wir Abfälle erst gar nicht entstehen lassen und unvermeidbaren Müll so weit wie möglich wiederverwerten.

Das neue Bayerische Abfallwirtschaftsgesetz ist am 1. Juli 1990 in Kraft getreten. Daß es zu diesem Gesetz so schnell kam, ist ein Verdienst der Bürgeraktion "Das bessere Müllkonzept". Die Bürgerinitiativen hatten mit ihrem Erfolg vor dem Bayerischen Verfassungsgerichtshof für Bewegung bei der CSU gesorgt, so daß auf der Basis des Gesetzentwurfs der SPD-Landtagsfraktion ein neues bayerisches Abfallwirtschaftsgesetz beraten und beschlossen werden konnte. Dieses Gesetz setzt auf Vermeiden und Verwerten.

Damit ist der unseligen Müllverbrennungspolitik von CSU und Staatsregierung, die ständig die Verbrennungskapazitäten der steigenden Müllmenge angepaßt haben und dies auch weiter wollten, ein Ende gesetzt. Jetzt werden die Müllmengen, die noch entsorgt werden müssen, drastisch und mit allen Möglichkeiten zurückgeschraubt.

Das neue Gesetz hat eine Reihe wichtiger Auswirkungen:

- Abfälle müssen in Zukunft getrennt gesammelt werden. In allen Gemeinden müssen Kompostieranlagen geschaffen werden.
- Die Landkreise und kreisfreien Städte müssen die Verwertung von Papier, Glas, Kunststoff und Metall organisieren.

- Auch der Bauschutt ist Wertstoff und muß wiederverwertet werden. Damit werden Kies- und Sandgruben geschont.
- Ab sofort gilt ein Subventionierungsverbot für Müllverbrennungsanlagen. Damit setzt das Gesetz die Müllverbrennung konsequent hinter die Verwertung und erschwert die Errichtung von Müllöfen, da sie keine öffentlichen Zuschüsse mehr erhalten. Statt dessen werden Recycling-Vorhaben gefördert.

Dies bedeutet, daß 11 der bisher zusätzlich geplanten 15 Müllverbrennungsanlagen dem Subventionsverbot zum Opfer fallen. Das gleiche Schicksal erleidet die vielerorts geplante Erweiterung bestehender Anlagen.

Das neue Gesetz beschreibt nicht nur das Ziel des Vorrangs für Müllvermeidung und -verwertung. Es schafft auch die dafür notwendigen Instrumente. So muß auf Landesebene ein Entsorgungsplan unter Beteiligung der Naturschutzverbände erstellt werden. Zur Erfolgskontrolle werden jährliche Abfallbilanzen vorgeschrieben. Die Gemeinden erhalten größere Gestaltungsmöglichkeiten im Bereich von Vermeidung und Verwertung: sie können Gewerbemüll zurückweisen, wenn diese Abfälle durch die Besitzer selbst verwertet werden können. Weiter ist es ihnen möglich, die Gebühren flexibel zu gestalten: wer beispielsweise anstatt der 100-Liter-Tonne mit dem 50-Liter-Eimer aus kommt, der soll mit niedrigeren Gebühren belohnt werden.

Wir lassen aber auch die Bundesregierung nicht aus der Pflicht. Über Bundestag und Bundesrat fordert die BayernSPD eine Fülle von praktischen Maßnahmen zur Müllvermeidung ein, beispielsweise

- ein Verbot von Einwegverpackungen für Erfrischungsgetränke, Bier, Wein und Milch in kürzester Zeit,
- ein Verbot von Einwegverpackungen im übrigen Lebensmittelbereich nach einer gewissen Übergangsfrist,
- eine verbindliche Norm von Behältern für Pfandflaschen
- ein Verbot von Behältern, die nicht vollständig entleert werden können,
- die Einführung eines Pfand- und Rücknahmesystems auch im Kfz- und Gerätebereich,
- die unverzügliche Kennzeichnungspflicht für Kunststoffe,
- ein Verbot für Kunststoffe, die für eine Wiederverwertung ungeeignet sind,
- die Einführung einer Verpackungsabgabe, die sich an Gewicht, Volu-

men, Wiederverwertbarkeit und Schadstoffgehalt des Materials orientiert,

- die Verpflichtung für alle Hersteller, Gebrauchsgüter so zu gestalten, daß sie reparatur- und verwertungsfreundlich sind.

Nachdem der Bund zwar auf seinen Kompetenzen zur Müllvermeidung und Müllverwertung besteht, diese Handlungsspielräume aber auch nicht annähernd ausschöpft, soll er den Spielraum der Länder und der Gemeinden für eigenes Handeln bei Müllvermeidung und Müllverwertung ausweiten.

2.10. Energie sparen und besser nutzen

Ozonloch und Treibhauseffekt bedrohen unser Klima. Alle wissen, daß der Energieverbrauch eine Hauptursache für den Treibhauseffekt ist. Die Antworten der Konservativen sind geradezu grotesk: sie setzen auf den weiteren Bau von Kernkraftwerken. Die BayernSPD setzt auf alle Maßnahmen, die rasch und wirksam die Gefahr des Treibhauseffektes mindern. Dies ist zugleich eine Chance, aus der Kernenergie aus- und auf die stärkere Nutzung regenerativer Energien, insbesondere solarerstützter Systeme, umzusteigen.

Dies erfordert eine Änderung der Ziele der Energiepolitik, ihrer Rahmenbedingungen, ihre Instrumente und Träger.

Dies setzt aber nicht nur eine andere Technik voraus, sondern auch andere Verhaltensweisen von Energieerzeugern und Energienutzern.

Ziel muß sein: die optimierte Energienutzung und die Entwicklung und Nutzung regenerativer Energiequellen. Dies ist umwelt- und ressourcenschonend, sozialverträglich, langfristig und volkswirtschaftlich sicher und kostengünstig.

Dies erfordert:

- die Ausschöpfung aller Energiesparpotentiale beim Verbrauch z. B. die Ersetzung von Energie durch Kapital - Wärmedämmung ist nur ein Beispiel dafür
- die Optimierung der Energienutzung (Wirkungsgradverbesserung bei Produktion und Verbrauch: Wärme-Kraft-Kopplung, energiesparende Geräte etc.) intelligente Techniken der Lastverteilung und Energieumwandlung

- die Erschließung des Innovationspotentials regenerativer Energietechniken.

Dazu müssen das Energiewirtschaftsgesetzes, die Bundestarifordnung "Elektrizität", das Konzessionsabgabenrecht und das Kartellrecht geändert werden und die Fach-, Preis- und Mißbrauchsaufsicht für alle leitungsgebundenen Energien muß verbessert werden. Der Bund muß ein Förderprogramm für rationelle Energieverwendung auflegen.

Wir wollen örtliche Energieversorgungskonzepte erstellen, dezentrale, örtlich angepaßte Energietechnologien ausbauen, lineare, zeitvariable Tarife einführen und die Einspeisebedingungen verbessern.

Die Kommunen sind der Dreh- und Angelpunkte einer rationellen Energiewirtschaft. Sie müssen stärker unterstützt werden.

Die Änderung des Atomgesetzes muß den Ausstieg aus der Kerntechnik in geordneten Schritten ermöglichen.

3.1. Frauen stellen Ansprüche Partnerschaft in Familie und Beruf

Männer und Frauen sind gleichberechtigt, sagt das Grundgesetz. Aber von einer gleichberechtigten Partnerschaft zwischen Männern und Frauen kann noch lange keine Rede sein.

- Frauen sind im Berufsleben benachteiligt.
- Frauen verdienen erheblich weniger.
- Frauen sind durch Kindererziehung, Haushalt und Beruf oft doppelt und dreifach belastet.
- Frauen können Beruf und Familie praktisch kaum vereinbaren.
- Frauen haben so kleine Renten, daß sie im Alter häufig auf Sozialhilfe angewiesen sind.

Frauen stellen Ansprüche auf ein selbstbestimmtes Leben, auf paritätische Mitarbeit der Männer in Haushalt und Familie, auf Partnerschaft in Beruf und Gesellschaft. Wir wollen diese Ansprüche erfüllen – und zwar noch in diesem Jahrhundert .

Die BayernSPD tritt auf Bundesebene für ein Antidiskriminierungsgesetz mit einer "Generalklausel" ein. "Generalklausel" bedeutet, daß die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie sie Art. 3 des Grundgesetzes fordert, zwingend für alle gesellschaftlichen Bereiche vorgeschrieben wird. Damit wird das Recht von Frauen auf Gleichberechtigung einklagbar. Zur Gleichstellung von Mann und Frau gehört auch ein berufliches Frauenförderungsgesetz, das die Einrichtung und die Ausstattung von Gleichstellungsstellen regelt, die Schaffung eines bedarfsgerechten, flächendeckenden Netzes von selbstverwalteten Frauenhäusern und Notrufen in den Städten und großen Gemeinden und die Sicherung ihrer Finanzierung durch Land und Kommunen sowie Haushaltspläne für Frauenzentren und Frauengesundheitszentren.

Die BayernSPD will Frauen im beruflichen Alltag gleichstellen. Deshalb fordern wir Frauenförderpläne und Frauenbeauftragte. Frauen dürfen in der Ausbildung, als Berufsanfängerinnen, bei Einstellungen, in der Weiterbildung und beim beruflichen Aufstieg nicht mehr länger benachteiligt werden. Bestehende Teilzeitarbeitsverhältnisse sind voll sozial abzusichern. Teilzeitbeschäftigte dürfen bei der Weiterbildung nicht schlechter gestellt werden als Ganztagsbeschäftigte. Darüber hinaus müssen sie das Recht erhalten, ihren Teilzeit- in einen Vollzeitvertrag umzuwandeln. 470-DM-Beschäftigungsverhältnisse sind abzuschaffen.

Wir wollen Männer im Familienleben gleichstellen. Deshalb fordert die BayernSPD:

- Einen einjährigen Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie. Um die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung aufzubrechen, muß der Elternurlaub jeweils zur Hälfte von Müttern und Vätern genommen werden. Das Elterngeld in dieser Zeit bemißt sich an 50% beider Einkommen. Darüber hinaus sollen die Eltern je ein weiteres Jahr Anspruch auf Elternurlaub mit Arbeitsplatzgarantie und Unterstützungsgeld (DM 600,-- pro Monat bzw. DM 20,-- Tagegeld) haben. Dieser Elternurlaub kann "am Stück" oder tageweise bis zur Einschulung der Kinder genommen werden.
- Weitere Arbeitszeitverkürzungen; Ziel ist die 30-Stunden-Woche und der 6-Stunden-Tag, bei mindestens vollem Lohnausgleich.
- Entfernung überholter Rollenklischees aus Lehrplänen und Schulbüchern.
- Hauswirtschafts- und Erziehungslehre für Buben und Mädchen.

Wir wollen, daß Frauen und Männer ein selbstbestimmtes Leben führen können. Deshalb dürfen sie nicht länger vor die Entscheidung Kinder oder Beruf gestellt werden. Das setzt ein ausreichendes Angebot an pädagogisch guten Krippen-, Kindergarten- und Hortplätzen sowie Ganztagschulen voraus.

Wir fordern, daß Frauen mit Kindern in der Ausbildung, bei der Vergabe von Arbeitsplätzen und im beruflichen Aufstieg keine Nachteile entstehen und daß sie nach Kindererziehung besser ins Berufsleben wieder eingegliedert werden.

Frauen und Männer haben in der SPD beispielhafte Quoten für die Frauen beschlossen, die schrittweise zur gleichen Zahl von verantwortlichen Frauen und Männern führen. Wir wollen dieses Modell auch auf die Gesellschaft übertragen, wo es notwendig ist. 50% der Ausbildungsplätze sind für Mädchen zu reservieren; bei den Arbeitsplätzen ist eine 50%-Quote für Frauen anzustreben.

Entschieden wenden wir uns gegen die Hexenjagd der CSU, die mit ihrer erschreckenden "Beratungs"-Praxis zum § 218 und den Memminger Hexenprozessen die Würde der Frauen verletzt und deren Selbstbestimmungsrecht aushöhlt. Dem wollen wir ein Ende machen: ein Sozialgesetz zum Schwangerschaftsabbruch, das Frauen grundsätzlich von Strafe frei stellt, muß Frauen das Selbstbestimmungsrecht und Ärzten Rechtssicherheit geben.

Im Gegensatz zu CSU und FDP sind wir der Ansicht, daß Vergewaltigung in der Ehe endlich unter Strafe gestellt werden muß.

3.2. Politik für Kinder Denn Kinder haben Rechte

Kinder haben volle Menschenrechte. Bürgerrechte werden ihnen schrittweise zuerkannt. Ihre Interessen werden bei uns zu wenig berücksichtigt. Europaweit gilt die Bundesrepublik Deutschland als kinderfeindlich.

Das aktive Eintreten für die Interessen von Kindern bleibt oftmals wenigen überlassen, obwohl von konservativer Seite her immer eine scheinbar kinder- und familienfreundliche Politik propagiert wird.

Kinderpolitik ist eine wesentliche Aufgabe der Kommunal- und Landespolitik. Wir wollen, daß die Interessen und Bedürfnisse von Kindern bei jeder politischen Entscheidung berücksichtigt werden.

Soziale Unsicherheit und Ängste, Leistungsdruck, Wohnungsnot und isolierte Kleinfamilien führen quer durch alle Schichten immer häufiger zu Familienkrisen, in denen Eltern wie Kinder aggressiv und hilflos sind. Kinder werden häufig seelisch und körperlich mißhandelt. Allzu oft müssen sie wegen der Probleme der Erwachsenen leiden. Mitten unter uns leben Tausende mißhandelter oder sexuell mißbrauchter Kinder. Wir wollen auch diesen Kindern helfen.

Die BayernSPD wird die Eltern-, Kinder- und Familienberatung ausbauen. Für Kinder und Jugendliche, die nicht mehr zu ihren Familien zurückkehren wollen oder können, wollen wir - neben bewährten Pflegefamilien - Möglichkeiten schaffen, gemeinsam mit Leidensgefährtinnen und Leidensgefährten und engagierten Erzieherinnen und Erziehern selbstbestimmt zu leben (beschütztes Wohnen).

Wir wollen Kindernotruf-Telefone und Zufluchtstätten einrichten.

Jedes Kind hat das Recht auf einen kostenlosen Kindergartenplatz. Denn Kindergärten erleichtern das soziale Lernen, den Schritt in die schulische Gemeinschaft und in das spätere Leben. Deshalb fordern wir den gesetzlichen Anspruch auf den Besuch des Kindergartens. Bayerische Kindergärten und Horte müssen weitaus besser mit kindgerechten Mitteln ausgestattet werden. Wir brauchen mehr Pädagoginnen und Pädagogen. In den nächsten 5 Jahren wollen wir 100.000 weitere Kindergartenplätze in Bayern schaffen, dazu mehr Kinderkrippen, Krabbelstuben, Horte, Ganztagschulen mit an den Bedürfnissen der Eltern ausgerichteten Öffnungszeiten. Wir fordern ein Kinderkrippengesetz und ein Kinderhortgesetz für Bayern.

Kinder brauchen Lebensraum. Deshalb wollen wir Kinderkommissionen in allen Parlamenten, Kreis-, Stadt- und Gemeinderäten, die dafür sorgen,

daß öffentliche Planungen und Vorhaben (Wohnungsbau, Wohnumfeld, Freizeit- und Sporteinrichtungen, Stadtentwicklung und Verkehr) kinderfreundlich werden.

Die BayernSPD will ein öffentliches Personennahverkehrssystem, das die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt. Dies bedeutet auch Ferienpässe, die tatsächlich erschwinglich sind.

Wir fordern kindergerechte Wohnungen.

3.3. Niemand ausgrenzen Platz für alle in einer solidarischen Gesellschaft

Niemand darf ausgegrenzt werden: eine solidarische Gesellschaft, in der soziale Gerechtigkeit verwirklicht ist, hat Platz für alle. Älteren Menschen soll mit ambulanten Diensten und altengerechten Wohnungen das Leben in der Gemeinschaft erleichtert werden. Familien mit Kindern brauchen kindergerechte und preiswerte Wohnungen.

Unsere Gesellschaft braucht auch die Solidarität der Besserverdienenden mit denen, die nicht so viel haben. Sozialpolitik ist für uns kein Reparaturbetrieb; sie muß vorbeugend wirken und die Gesellschaft wie auch die Lebensverhältnisse einzelner sozial gestalten.

Konservative Politik hat in den letzten Jahren viele Lebensverhältnisse verschlechtert. Wir brauchen jetzt eine neue soziale Gerechtigkeit. Dafür arbeitet die BayernSPD.

Sozialpolitik heißt für uns, vernetzte Politik, angefangen bei der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik bis hin zur Familienpolitik. Deshalb ist Sozialpolitik mehr als ein Reparaturbetrieb für jene, die aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind. Wir wollen eine Reformpolitik aus einem Guß mit starken sozialpolitischen Elementen schaffen.

Nachdrücklich setzen wir uns dafür ein, daß Familien mit Kindern nicht länger benachteiligt werden. Dazu ist ein höheres Einkommen und ein breiteres Angebot an preisgünstigem Wohnraum ebenso notwendig wie finanzielle Hilfen zur Ausbildung von Kindern (BAFöG als Zuschuß). Wir wollen vor allem das Kindergeld deutlich anheben: auf monatlich DM 200,-- für jedes Kind und zusätzlich je DM 100,-- ab dem vierten Kind.

Im Jahr 2000 wird jede vierte Bürgerin und jeder vierte Bürger Bayerns über 60 Jahre alt sein. Wir lassen nicht zu, daß ältere Menschen abgeschoben werden. Wir wollen ihnen ein Leben ermöglichen, in dem sie sich frei entfalten können. Ältere Menschen haben viel für unser Gemeinwesen geleistet: wir sichern ihnen ihren Platz in unserer Gemeinschaft.

Alt sein ist eine eigenständige Lebensphase. Alte Menschen müssen die Chance zu einem selbstbestimmten Leben haben. Wir wollen deshalb alles unternehmen, um unseren älteren Mitbürgern das Leben und Wohnen in unserer Gemeinschaft zu ermöglichen. Dazu brauchen die älteren Menschen ein sicheres und ausreichendes Einkommen (soziale Grundversicherung), altengerechte Wohnungen, aber auch ambulante Dienste, die ihnen bei Haushalt, Einkaufen, Kochen und Pflege helfen, wenn sie es allein nicht mehr schaffen. Denn wir wollen, daß ältere Menschen so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung bleiben und ihr Leben sinnvoll gestalten können. Auf keinen Fall darf das Angebot von altengerechten Wohnungen sowie die Neuschaffung von Wohngemeinschaften für alte Menschen und das Angebot alternativer Wohnformen zu Lasten der bereits bestehenden Einrichtungen gehen. Wir werden nicht zulassen, daß Altenheime, Pflegeheime oder andere Einrichtungen aus unseren Städten und Gemeinden verdrängt werden.

Das Pflegefallrisiko darf nicht länger allein den Betroffenen und ihren Familien aufgebürdet werden. Eine Pflegefallversicherung ist dringend notwendig - mit Leistungen für Pflegebedürftige und die Pflegenden.

3.4. Der Pflegenotstand geht uns alle an

Die BayernSPD fordert die im Gesundheitswesen Verantwortlichen (Krankenkassen, Gewerkschaften, Krankenhausträger, Deutsche Krankenhausgesellschaft, kommunaler Arbeitgeberverband u.s.w.) auf, unverzüglich die Maßnahmen zu ergreifen, die die Ursachen des Pflegenotstandes beseitigen und ihn dauerhaft beheben.

Die BayernSPD bekämpft

- das Anwerben von Pflegekräften aus der DDR und dem Ausland und
- ein soziales Pflichtjahr für junge Frauen.

Dies würde nur die Ursachen des Pflegenotstandes verschleiern und die Lösung des Problems behindern.

Die BayernSPD fordert:

- Der längst überholte Personalschlüssel für stationäre Einrichtungen muß an die aktuellen Erfordernisse angepaßt werden. Die Empfehlungen der Deutschen Krankenhausgesellschaft von 1989 sind dabei zu berücksichtigen. Eine kürzere Verweildauer in den Krankenhäusern erfordert eine intensivere Pflege und belastet deshalb das Pflegepersonal stärker.
- Nach wie vor ist eine bessere tarifliche Bewertung der Pflegekräfte notwendig. Wir unterstützen dabei die Anstrengungen der zuständigen Gewerkschaft ÖTV. Um die Attraktivität der Pflegeberufe für die nachwachsende Generation zu verbessern, muß die Ausbildung besser und die Ausbildungsvergütungen deutlich erhöht werden.
- Der Pflegebereich muß stärker gegliedert werden. Es ist untragbar, daß unmittelbar aus der Intensivstation entlassene Patienten in Abteilungen verlegt werden, in denen der Personalschlüssel für die Normalpflege gilt, der selbst dafür unzureichend ist.
- Es sind unverzüglich die bisher noch fehlenden Nachsorgeeinrichtungen zu schaffen. Ihr Fehlen darf nicht weiter durch die Pflegestationen kompensiert werden, die wegen des zu knappen Personalschlüssels ohnehin schon überbelastet sind.
- Die Schichtdienste sind auf die Bedürfnisse des Pflegepersonals abzustellen. Insbesondere muß die Arbeitszeit familienfreundlicher werden. Dabei müssen die Bedürfnisse der Patienten berücksichtigt werden.
- An den Kliniken brauchen wir Kindergärten, deren Öffnungszeiten die Arbeitszeit der Pflegekräfte berücksichtigen.

- Staat und Kommunen werden aufgefordert, angemessenen und preisgünstigen Wohnraum für die Pflegenden und deren Familien zur Verfügung zu stellen.
- Die Aufgabenbeschreibungen für Pflegeberufe und Hauswirtschafts- und Verwaltungsberufe müssen neu und klar gegeneinander abgegrenzt werden. Pflegerinnen und Pfleger können viel mehr, als sie tun müssen, und tun viel zu viel, wofür sie überqualifiziert sind. Sie brauchen daher ein klar definiertes Berufsbildes.

Dementsprechend müssen die Personalschlüsselberechnungen für Krankenhäuser und Altenheime in ausreichender Zahl Stellen für Schreibkräfte und hauswirtschaftliche Stationshilfen berücksichtigen.

Die Ausbildung der Pflegekräfte muß den Erfordernissen ihres Arbeitsplatzes genügen. Deshalb ist sie aus der bayerischen Schulgesetzgebung herauszunehmen und nach einem eigenen Berufsbild zu organisieren. Zur Qualitätskontrolle und -sicherung müssen spezielle Ausbildungsbeauftragte aus dem Pflegedienst in den Kliniken und Heimen eingesetzt und die dazugehörigen Stellen geschaffen werden.

- Für das Pflegepersonal müssen angemessene Weiterbildungsmöglichkeiten und daraus resultierende Aufstiegsmöglichkeiten angeboten werden.
- Pflegekräfte, die wegen familiärer oder anderer Gründe aus dem Dienst ausgeschiedenen sind, ist der berufliche Wiedereinstieg zu erleichtern.
- Der Komplexität der Kranken- und Altenpflege ist in der wissenschaftlichen Forschung und Lehre Rechnung zu tragen; daher müssen bundesweit Lehrstühle für Krankenpflegeforschung eingerichtet werden.
- Die besonderen psychischen und physischen Belastungen in der Pflege müssen durch besondere Maßnahmen ausgeglichen werden. Daher soll den Pflegekräften, nach jeweils fünf Arbeitsjahren, ein bezahltes Sabbathalbjahr angeboten werden. Das Sabbathalbjahr muß selbstverständlich bei der Berechnung des Personalschlüssels berücksichtigt werden.
- Vertreter des Pflegepersonals sind in die Leitung der Kliniken und Heime aufzunehmen.

3.5. Politik mit Behinderten und für Behinderte

Die Menschlichkeit einer Gesellschaft beweist sich darin, wie sie mit Schwächeren umgeht. Die BayernSPD will, daß behinderte Menschen akzeptiert und integriert werden. Sie sollen ein selbstbestimmtes und möglichst selbständiges Leben führen können. Dazu muß ihnen materielle Sicherheit zuteil werden.

Integration darf nicht erst im Erwachsenenalter beginnen.

- Deshalb sollen Behinderungen von Kindern mit kostenlosen Reihenuntersuchungen frühzeitig erkannt und behandelt werden.
- Wir wollen behinderte Kinder, wenn immer das möglich ist, gemeinsam mit gesunden Kindern in Kindergärten und Schulen erziehen und dafür Sondereinrichtungen reduzieren.
- Behinderte Jugendliche sollen bei der Suche nach einem geeigneten Arbeitsplatz gezielt unterstützt werden.
- Schwerstbehinderte Jugendliche und Erwachsene sollen in vor Ort bestehenden Werkstätten und Wohnheime der Behinderteneinrichtungen integriert werden, damit familiäre und freundschaftliche Beziehungen aufrechterhalten werden können.

Wir wollen neue Formen des Zusammenlebens schaffen.

- Behindertengerechte Wohnungen und alternative Wohnformen müssen gefördert werden.
- Wir wollen ausreichend ambulante Dienste, die Hilfen zur selbständigen Lebensführung rund um die Uhr anbieten. Die Versorgung durch die ambulanten Dienste muß finanziell abgesichert sein und darf nicht zu Lasten finanzschwacher Behinderter gehen.
- Wir wollen, daß Behinderte am kulturellen Leben, an Sport und Freizeitaktivitäten teilnehmen können.
- Wir werden das öffentliche Verkehrssystem behindertengerecht ausbauen.

Die Massenarbeitslosigkeit betrifft im besonderen Maße Schwerbehinderte. Für sie fordern wir gezielte Beschäftigungsprogramme.

Die BayernSPD wird dafür sorgen, daß alle öffentlichen Arbeitgeber mehr Behinderte beschäftigen. Zumindest muß überall die gesetzlich vorgeschriebene Quote von 6 Prozent erreicht werden. Daß die tatsächliche Quote in Bayern derzeit nur bei 3,6 Prozent liegt, ist ein Skandal!

3.6. "Neue Armut" im reichen Land Menschen nicht in Armut leben lassen

Millionen Menschen erfahren die neue Armut hautnah. Die konservative Regierung in Bonn kümmert das nicht. In Bayern leben 400.000 Bürgerinnen und Bürger von der Sozialhilfe - einer Hilfe, die kaum zum Überleben, bestimmt nicht für ein menschenwürdiges Leben reicht.

Mehr als die Hälfte der Sozialhilfeempfänger sind Frauen. Das Einkommen von jeder zweiten Rentnerin liegt unter dem Sozialhilfesatz. Jede dritte Rentnerin ist auf ergänzende Sozialhilfe angewiesen.

Armut oder die Gefahr, arm zu werden, kann uns alle treffen: Junge und Alte, junge Männer und Frauen ohne oder mit unzureichender Berufsausbildung, geschiedene Frauen mit Kindern, Familien mit mehreren Kindern und geringem Einkommen, Langzeitarbeitslose, Frauen mit geringer Rente oder ohne eigenen Rentenanspruch, Obdachlose.

Für unser reiches Land ist die Tatsache, daß bei uns so viele in Armut leben, ein Skandal. Wir wollen die Sozialversicherung reformieren. Unser Ziel ist die Einführung einer bedarfsorientierten Grundsicherung in der Renten- und Arbeitslosenversicherung. Zur Finanzierung dieser Grundsicherung wollen wir einen Wertschöpfungsbeitrag von den Unternehmen erheben und sie somit im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft in die Verantwortung nehmen. Die Bundeszuschüsse zur Rentenversicherung müssen fest an die Ausgabenentwicklung angekoppelt werden. Langfristig streben wir eine Vereinheitlichung der Sozialversicherung durch Einbeziehung der Selbständigen und des Öffentlichen Dienstes an.

Als ersten Schritt wollen wir die Sozialhilfe um monatlich DM 100,-- anheben. Unsere Gemeinden können das leisten, wenn sie andererseits über die Pflegeversicherung von Kosten für Pflegefälle entlastet werden.

Weiter wollen wir, Erziehungs- und Pflegezeiten verstärkt auf die Rentenansprüche anrechnen und Beschäftigungsverhältnisse ohne Sozialversicherung abschaffen.

4.1. Damit niemand auf der Strecke bleibt Bestmögliche Bildung und Ausbildung

Jeder hat das Recht auf Bildung und Ausbildung, sagt die Bayerische Verfassung. Aber das bayerische Bildungs- und Ausbildungssystem setzt auf Auslese und Eliten, anstatt jeden nach seinen Eigenheiten und Fähigkeiten zu fördern.

Bestmögliche Bildung und Ausbildung ist ein Gewinn für jeden einzelnen. Sie ebnet aber auch den Weg für vielfältige Möglichkeiten in Beruf und Gesellschaft und sind letztlich Grundlage für Spitzenleistungen in einer modernen demokratischen Industriegesellschaft. Die BayernSPD will, daß das Bildungswesen flexibel auf die Bedürfnisse der einzelnen reagiert und Kreativität und Selbstverwirklichung fördert. Demokratische Tugenden müssen als Lebensprinzip vermittelt werden. Alle jungen Menschen sollen zur demokratischen Mitsprache und Mitwirkung befähigt werden.

Der Schulunterricht muß von seiner Stofffülle und vom Leistungs- und Auslesedruck befreit werden. Die Entscheidung über die spätere Schullaufbahn darf nicht schon im 10. Lebensjahr fallen. Wir wollen das 10. Hauptschuljahr als Angebot einführen mit der Möglichkeit eines mittleren Abschlusses, wie dies in vielen europäischen Ländern der Fall ist. Wir fordern ein breites Angebot an Gesamtschulen und Ganztageschulen damit Eltern für ihre Kinder das Beste wählen können.

Um Chancennachteile für Kinder einkommensschwächerer Eltern zu vermeiden, muß das Schüler-BAföG als Zuschuß unabhängig vom Einkommen der Eltern eingeführt werden. Dafür wollen wir die besser verdienenden Eltern stärker besteuern.

Zur Demokratisierung der Schule wollen wir Lehrerinnen und Lehrern Lehrgestaltungsfreiheit im Unterricht einräumen und die Eltern- und Schülermitbestimmung ausbauen. Wir fordern die Anerkennung und Finanzierung einer Landesschülervertretung durch die Bayerische Staatsregierung sowie einer Bundesschülervertretung durch die Bundesregierung.

Die berufliche Bildung muß endlich der allgemeinen gleichgestellt werden. Wir wollen das Ausbildungsangebot deutlich verbessern und Mädchen besonders fördern. Wo das von der Wirtschaft vorgehaltene Ausbildungsplatzangebot zahlenmäßig und qualitativ nicht ausreicht, wollen wir öffentliche Ausbildungseinrichtungen durch eine Ausbildungsplatzabgabe aller Unternehmen schaffen. Wir wollen die materiellen und per-

sonellen Bedingungen der Berufsschulen verbessern und dazu auch die kommunalen Träger finanziell stärker unterstützen. Der Mehraufwand soll durch das Land getragen werden. Allen Versuchen, erfolgreiche Schulformen auf Druck der Industrie und des Handwerks wieder abzuschaffen, werden wir uns widersetzen.

Den Notstand an den bayerischen Hochschulen werden wir energisch bekämpfen. Zur Zeit liegt die Zahl der Studierenden um 79 Prozent über den Kapazitäten an den Universitäten; die Fachhochschulen des Freistaates sind sogar bis zu 180 Prozent überbelegt. Das Mißverhältnis zwischen der Zahl der Lehrenden und Studierenden ist unerträglich. Qualvolle Enge und überlange Studienzeiten sind die Folge. Wir legen ein bayerisches Hochschulsonderprogramm zur besseren Ausstattung vor, das auch einen bedarfsgerechten Ausbau des wissenschaftlichen Mittelbaus vorsieht. Um allen, die studieren wollen, gleiche Chancen zu geben, muß das Bafög als Zuschuß deutlich erhöht werden. Zur Demokratisierung der Hochschulen werden wir die demokratisch verfaßte Studentenschaft wieder einführen.

Wir fordern freigestellte Frauenbeauftragte an den Hochschulen, um der eklatanten Benachteiligung von Frauen wirksam entgegenzutreten zu können.

Im Bereich der Lehre sind Studien- und Prüfungsordnungen so umzugestalten, daß die bisher getrennten Bereiche der Gesellschafts-, Geistes- und Naturwissenschaften sich im Studium zusammenfügen und ergänzen.

Wir räumen der beruflichen Fortbildung und der Erwachsenenbildung breiten Raum ein und fördern verstärkt Einrichtungen der Erwachsenenbildung. Deshalb werden wir uns für einen gesetzlichen Bildungsurlaub für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen.

4.2. Die Arbeit reicht für alle Deshalb: die Arbeit neu verteilen

Die meisten Bürgerinnen und Bürger müssen arbeiten, um leben zu können. Sozialabbau und Massenarbeitslosigkeit bedrohen fast jeden. Es gibt immer mehr Langzeitarbeitslose. Besonders betroffen sind ältere Arbeitnehmer, Frauen, Behinderte und schlecht Qualifizierte.

In Bayern gibt es nach wie vor rund 300.000 Arbeitslose. Das ist für die Betroffenen bedrückend und politisch ein Skandal. Andererseits müssen Millionen von Überstunden geleistet werden.

Nach der Bayerischen Verfassung hat jeder ein Recht auf Arbeit. Arbeit ist genug da; sie muß nur gerechter verteilt werden. Deshalb fördern wir eine kürzere Lebens- und Wochenarbeitszeit. Wir wollen Jugendlichen eine gute Ausbildung ermöglichen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Wir verlangen, daß Langzeitarbeitslosen und Menschen, die vorübergehend aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt erleichtert wird.

Mit öffentlichen Förderprogrammen in den Bereichen Umwelt, Verkehr, Bildung, Wohnungsbau und soziale Dienstleistungen kann und muß die Arbeitslosigkeit abgebaut werden.

Wir wollen neue Wege mit beschäftigungswirksamen Programmen gehen, wie sie beispielsweise in München unter dem Stichwort "Zweiter Arbeitsmarkt" bereits erfolgreich beschritten werden. Dazu müssen in Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, Gewerkschaften und anderen gesellschaftlichen Gruppen kommunale Arbeitsmarktkonzepte erstellt werden. Wir wollen für Langzeitarbeitslose befristete Arbeitsplätze schaffen, um sie wieder in den regulären Arbeitsmarkt zu integrieren. Die BayernSPD will, daß Menschen, die auf Sozialhilfe angewiesen sind, zu Tarifvertragsbedingungen beschäftigt werden – mit dem Ziel der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt.

In allen Bereichen und Regionen, in denen sich ein Strukturwandel vollzieht, müssen Beschäftigungsgesellschaften gegründet werden. Sie sichern ein ausreichendes Qualifizierungsangebot, sichern und erweitern vorhandene Ausbildungskapazitäten und schaffen neue Arbeitsplätze in wettbewerbsfähigen Bereichen. Beschäftigungsgesellschaften, in denen Qualifizierung und Beschäftigung finanziert werden, halten wir für arbeitsmarkt- und wirtschaftspolitisch weitaus besser, als die tatenlose Finanzierung von Arbeitslosigkeit.

Die Rahmenbedingungen der Arbeit müssen neu bestimmt werden. Not-

wendige Aufgaben sind die Humanisierung und Demokratisierung der Arbeit, die Ausweitung der Mitbestimmung, eine Neuordnung der Berufsfelder und ein Verbot von gesundheitsschädigenden Stoffen und Verfahren am Arbeitsplatz.

4.3. Konzentration verhindern Den Mittelstand fördern

Die Zukunft Bayerns erfordert eine dynamische, wettbewerbsbelebende mittelständisch geprägte Wirtschaftsstruktur. Diese soll, soweit vorhanden, bewahrt und im übrigen gestärkt werden. Dem verweigert sich die CSU. Sie vertröstet den Mittelstand mit Sonntagsreden und überhäuft die Großindustrie mit Subventionen.

Wir wollen für fairen Wettbewerb sorgen und Nachteile kleiner und mittlerer Unternehmen gegenüber Großkonzernen beseitigen. Deshalb wollen wir die unfaire Praxis von Einkaufs Sonderrabatten für Großabnehmer wettbewerbsrechtlich verbieten. Größtfusionen dürfen nicht länger von der Politik angezettelt, sondern müssen kartellrechtlich unterbunden werden.

Die BayernSPD sagt der fortschreitenden Konzentration den Kampf an. Jährlich müssen fast 2 000 Einzelhändler ihre Ladentüren für immer schließen. Die zehn größten Konzerne vereinigen inzwischen schon 70 Prozent des Gesamtumsatzes im bayerischen Lebensmittel-Einzelhandel auf sich. Um das abzubremsen, werden wir das Wettbewerbs- und Kartellrecht verbessern.

Wir wollen endlich steuerstundende Investitionsrücklagen für kleine und mittlere Betriebe einführen, um deren Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit zu stärken.

4.4. Das bayerische Süd-Nord-Gefälle Gleiche Lebenschancen in allen Landesteilen Für eine neue Strukturpolitik

Die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat ist gut, aber nur im statistischen Durchschnitt aller Regionen. Bei näherem Hinsehen ergeben sich im Vergleich einzelner Landesteile krasse Unterschiede: die Ballungsräume, vor allem rund um München, sind gut entwickelt, bieten viele hochqualifizierte Arbeitsplätze, platzen aber aus allen Nähten. Dagegen haben der ländliche Raum und auch die klassischen Industriestandorte in Franken, in Niederbayern und in der Oberpfalz mit großen Strukturproblemen und gegen Abwanderung zu kämpfen. Das bayerische Süd-Nord-Gefälle ist traurig Realität.

Die Kluft innerhalb Bayerns zeigt sich im Arbeitsmarkt, bei der Wirtschaftskraft und beim Einkommen, in der Bevölkerungsentwicklung und bei den zukunftsweisenden öffentlichen und privaten Forschungsinvestitionen. Während weite Teile Oberbayerns erfreulicherweise wieder Vollbeschäftigung haben, verzeichnen gerade ostbayerische und fränkische Arbeitsämter, zumal im Winter Arbeitslosenquoten von 30 Prozent.

Wir wollen einen Teil der wirtschaftlichen Dynamik in und um München nach Franken, Niederbayern und in die Oberpfalz umlenken. Wir wollen, daß alle Regionen des Freistaates sich gut entwickeln.

Die BayernSPD fordert:

- Im Staatshaushalt muß ein Strukturfonds zur Bekämpfung des regionalen Wirtschaftsgefälles eingerichtet werden. Seine Höhe: 500 Millionen Mark jährlich auf die Dauer von zehn Jahren. Damit können in den strukturschwachen Regionen Modernisierungsmaßnahmen und neue Investitionsoffensiven in zukunftssträchtigen Bereichen wie Umweltschutz- und neuen Energietechnologien mit anschließendem Technologie-Transfer im Außenhandel gestartet werden.
- Die östlichen und nördlichen Landesteile Bayerns brauchen eine neue Perspektive als Drehscheibe im Handel mit der DDR und den östlichen Nachbarländern. Das setzt eine offensive Handelspolitik, die Förderung wirtschaftlicher Kooperationen und den Ausbau der Verkehrswege voraus.
- Die Industriepolitik muß Bestandteil der regionalen Planungsebenen werden. Dabei ist Rücksicht auf vorhandene mittelständische Strukturen im gewerblichen und Dienstleistungsbereich zu nehmen.

- Mit öffentlichen Mitteln sollen Arbeitsplätze geschaffen und erhalten werden. Wir wollen nicht hinnehmen, daß Rationalisierungsmaßnahmen, die Arbeitsplätze vernichten, auch noch mit staatlichen Subventionen unterstützt werden.
- Wir setzen uns für mehr Wirtschaftsdemokratie in Bayern ein. Strukturpolitische Maßnahmen müssen regional geplant werden. Die betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern muß ausgebaut werden

Bayerns Zukunft liegt im ökologischen Wirtschaften in einer solidarischen Gesellschaft. Land und Stadt sind für die BayernSPD gleichberechtigte Lebensräume. Wir wollen Entleerungsgebiete und klassische Industriestandorte ökonomisch überlebensfähig machen und Ballungsräume ökologisch entlasten. Leben, Arbeit und Freizeit müssen überall in Bayern möglich sein.

Die meisten Bayern leben in ländlichen Regionen mit einem hohen Anteil an Land- und Forstwirtschaft. Die strukturellen Probleme der Agrarwirtschaft übertragen sich auf den Arbeitsmarkt. Beim ökologischen Umbau unserer Gesellschaft liegen erhebliche Chancen für die Entwicklung dieser Regionen. Es müssen landespflegerische Maßnahmen bezahlt und Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft geschaffen werden. Qualifizierte Arbeitsplätze bedeuten höhere Einkommen. Ortsnahe Arbeitsplätze erleichtern die Berufstätigkeit vor allem für Frauen.

Der ländliche Raum braucht eine bessere Infrastruktur. Dazu gehören die Kommunikationstechniken und der öffentliche Personennahverkehr. Das Bildungsangebot im vorschulischen, schulischen und beruflichen Bereich, aber auch in der Erwachsenenbildung, muß ausgebaut werden. Das Leben für die Menschen im ländlichen Raum muß bezahlbar bleiben. Die Wohnungsnot mit hohen Boden- und Mietpreisen und die Probleme der Städte dürfen nicht in den ländlichen Raum getragen werden.

5.0. Wenn Sie noch Fragen haben oder mehr wissen wollen ...

Liebe Leserin, lieber Leser,

wenn Sie zu einzelnen Themenbereichen mehr wissen wollen, fordern Sie unsere umfassenden Fachprogramme an. Es gibt sie zu folgenden Themen:

- Bildung
- Frauen
- Gesundheit
- Kinder und -einrichtungen
- Ländlicher Raum
- Landwirtschaft
- Leben im Alter
- Mittelstand
- Technologiepolitik
- Sozialpolitik
- Sport
- Umwelt
- Verkehrspolitik
- Wohnen

Außerdem bieten wir vier Faltposter an:

- Gesunde Lebensmittel
- Arbeit und Leben in Bayern
- Pflege in Bayern
- Gleichberechtigung von Mann und Frau

Wenn Sie die Wahl-Plattform an andere Interessierte weitergeben wollen, so können Sie zusätzliche Exemplare bei uns bestellen. Die Wahl-Plattform gibt es auch als vierseitige Kurzfassung.

Unsere Adresse ist: BayernSPD, Oberanger 38/II, 8000 München 2.

Unsere Rufnummer: 089/23171122.

Unsere Postanschrift: BayernSPD, Postfach 740, 8000 München 33.

Wir freuen uns über Ihr Interesse.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre **BayernSPD**